

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Christiane Brunner, Bruno Rossmann, Freundinnen und Freunde

betreffend keine klimaschädliche Steuererhöhung für Pellets

eingebraucht im Zuge der Debatte über die Erklärungen des Bundeskanzlers und des Vizekanzlers gemäß § 19 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Nationalrates zum Thema „Steuerreform 2015/2016; Das Entlastungsprogramm zur Stärkung der Kaufkraft und Schaffung von Arbeitsplätzen“

BEGRÜNDUNG

Zur Gegenfinanzierung der von der Bundesregierung geplanten Tarifreform ist vorgesehen, für einige Produkte den ermäßigten Mehrwertsteuersatz von 10 auf 13% zu erhöhen. Von der Erhöhung des Steuersatzes wäre auch der umweltfreundliche Brennstoff Pellets betroffen.

Angesichts immer noch steigender statt sinkender CO₂-Emissionen in Österreich ist eine Energiewende im Wärmebereich – weg von Öl und Gas und hin zu erneuerbaren Brennstoffen – ein Gebot der Stunde. Eine Erhöhung des Steuersatzes für Pellets zu diesem Zeitpunkt setzt aber genau den entgegengesetzten Richtungsimpuls.

Schon jetzt hat sich die Nachfrage nach Pelletheizungen aufgrund der niedrigen Ölpreise gegenüber dem Jahr 2013 in etwa halbiert. Die österreichischen Pelletkessellieferanten, die insgesamt fast 6000 Mitarbeiter beschäftigen sind von einer schweren Krise betroffen. Ausgerechnet in dieser Situation die Steuer auf Pellets zu erhöhen ist nicht nur klimapolitisch, sondern auch wirtschaftspolitisch eine Maßnahme mit fatalen Folgen.

Weitaus sinnvoller und ungleich ertragreicher wäre es, die Mineralölsteuer im Rahmen der Tarifreform der Bundesregierung zu erhöhen. Damit würde den Konsumenten signalisiert, dass es trotz aktuell niedriger Ölpreise Sinn macht, auf erneuerbare Energie umzusteigen. Gegenüber den Preisen bis Mitte des vergangenen Jahres würden Mineralölprodukte trotz einer Erhöhung der MÖSt kostengünstiger bleiben.

In Österreich heizen immer noch 700.000 Haushalte mit Öl. Ein Anreiz zum Wechsel auf Pellets in Form einer MÖSt Erhöhung hätte signifikante positive wirtschaftliche Folgen. Neben den Beschäftigungseffekten in der heimischen Kesselindustrie und im Installationsgewerbe würden auch in der Sägeindustrie und der Forstwirtschaft Wachstumsimpuls wirksam. Der Fluss enormer finanzieller Mittel in ölproduzierende Staaten würde reduziert und in Richtung lokale Wirtschaft umgelenkt werden. Die laufenden Heizkosten würden sich für Endkunden mit dem Umstieg von Öl auf Pellets merklich verringern.

In der vorliegenden Form würde die geplante Tarifreform das Marktgleichgewicht weiter in Richtung Öl verschieben und die ohnehin bereits prekäre Situation der heimischen Biomasse-Kesselhersteller weiter verschärfen.

Dazu kommt, dass die Treibhausgasemissionen im Verkehrssektor seit in Kraft treten des Kyoto-Klima-Protokolls in Österreich um 66% gestiegen sind. Der aktuell niedrige Ölpreis droht diese Entwicklung weiter zu verschärfen.

Die unterfertigenden Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLISSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung und insbesondere der Bundeskanzler, der Vizekanzler sowie der Bundesminister für Finanzen werden aufgefordert, die geplante Anhebung des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes für Pellets von 10 auf 13% im Rahmen der Tarifreform *nicht* zur Umsetzung zu bringen.

